

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Schlimmste Flutkatastrophe seit fünfzig Jahren

Am 17. Mai kam es in fünf südwestlichen Distrikten Sri Lankas nach mehrtägigen heftigen Regenfällen zu den seit rund fünfzig Jahren schwersten Überschwemmungen und Bergrutschen, die nach letzten Presseberichten einen geschätzten Schaden von rund 28 Millionen US-Dollar verursachten. Vor allem der Distrikt Ratnapura, etwa 100 Kilometer südöstlich von Colombo, gilt mit rund 300 Dörfern als der am schlimmsten betroffene. Später wurden jedoch mit dem Abfluß der Flutwelle auch küstennahe Bereiche bei Mattar und Galle überschwemmt. Nach Angaben des Meteorologischen Dienstes fielen in der Spitze innerhalb eines Tages in Ratnapura rund 100 Millimeter Niederschlag, das ist mehr als ein Fünftel des langjährigen Mittelwertes für den Monat Mai. Danach einsetzende Bergrutsche haben womöglich Flüsse aufgestaut und die eigentlichen Überschwemmungen verursacht. Erdbeben gelten als die wichtigste Todesursache dieser Katastrophe. Die Regierung hatte Anfang Juni rund 260 erdbebengefährdete Gebiete ausgewiesen.

In einem Schadensbericht an die internationale Gemeinschaft bezifferte die srilankische Regierung Anfang Juni die Opferzahlen und Schäden wie folgt: 235 Menschen starben in den Fluten und durch Bergrutsche, 19 Menschen galten noch als vermißt, 4.000 Menschen lebten weiterhin in vorläufigen Lagern und insgesamt 108.000 Familien wurden als Betroffene ausgewiesen. Zwischenzeitlich galten mindestens 150.000 Familien als von den Überschwemmungen betroffen oder vertrieben. Doch insbesondere höhere Todesopferzahlen konnten aufgrund von vorherigen Doppelzählungen reduziert werden. Darüber hinaus werden mehr als 9.000 zerstörte und rund 30.000 beschädigte Wohnhäuser aufgelistet. Als Teil der zu leistenden Wiederaufbaumaßnahmen verweisen die Behörden auf 90 zerstörte und 60 stark beschädigte Schulgebäude hin. Frühere Zahlen gingen gar von mindestens 300 zerstörten oder beschädigten Schulgebäuden aus. Zudem vernichtete die Naturkatastrophe die Unterrichtsmaterialien von mehr als 30.000 Schülern.

Dieser Regierungsbericht von Anfang Juni ist vor allem als Bitte um langfristige Wiederaufbauhilfe verfaßt. Bis dahin waren von einzelnen Staaten und internationalen Organisationen schon erste Hilfsprogramme zugesagt worden. So entsandte Indien ein Marineschiff mit Booten und Hilfsausrüstung sowie Tauchern für die Suche nach Opfern. Nur wenige Tage nach der Überschwemmung sagte Norwegen eine Million US-Dollar Hilfgelder zu, Großbritannien 365.000, UNICEF 206.000, Australien 65.000, die USA 50.000 sowie Frankreich weitere 26.000 US-Dollar. Die Europäische Union schickte eine Expertengruppe, um den Bedarf vor Ort zu erfassen. Auch die *Tamil Tigers* stellten nach Presseberichten zehn LKW-Ladungen mit Reis für das Überschwemmungsgebiet bereit. Zudem riefen Sie vor allem die Bevölkerung in der Vanni-Region im Norden des Landes zu weiteren Hilfsleistungen für die Betroffenen im Süden auf.

Nach Regierungsberichten seien die Hilfsmaßnahmen erfolgreich verlaufen, auch wenn Mängel bei der Koordination zugegeben wurden. So fehlten unter anderem Boote, um die betroffenen Siedlungen zu erreichen. Doch aufgrund starker Strömungen konnten die ersten Rettungsmaßnahmen einzig mit Helikoptern erfolgen. Darüber hinaus waren zahlreiche Dörfer wegen Bergrutschen und umgestürzten Bäumen mehrere Tage lang nicht zugänglich. Später fehlten in den Überschwemmungsgebieten vor allem Lebensmittel und Trinkwasser. So wurden innerhalb der ersten beiden Wochen von der Regierung rund 1.000 Tonnen Lebensmittel und mehr als 120.000 Flaschen mit Trinkwasser in die Katastrophenregion transportiert. Epidemien traten jedoch nach Regierungsaussagen keine auf. Neben der Regierung hatte auch das srilankische Rote Kreuz zwischenzeitlich um ausländische Hilfe gebeten, um mit erfahrenen Katastrophenhelfern zuerst die Aufräumarbeiten abzuschließen und anschließend langfristige Maßnahmen einzuleiten.

Presseberichte und Recherchen vor Ort, etwa die der BBC-Korrespondentin Frances Harrison, weisen jedoch darauf hin, daß die Hilfsgüter der Regierung die Bedürftigen nicht oder aber zu spät erreicht hätten. Insbesondere die Lokalverwaltungen seien vom Ausmaß der Schäden überfordert und die Abstimmung zwischen Militär und Zivilverwaltung mangelhaft gewesen. Vielfach waren die Überschwemmungsoffer allein auf Nachbarschaftshilfe angewiesen. Laut Harrison führte dies zu Unzufriedenheit und Wut bei den Betroffenen.

LTTE-Boot versenkt?

Mitte Juni sank nach der Begegnung mit einem srilankischen Marineschiff auf Hoher See ein LTTE-Boot. Details dieses Zwischenfalls sind nach Presseberichten umstritten. So blieb unklar, ob der Vorfall in internationalen Gewässern stattfand und ob das LTTE-Boot durch Marinebeschuß versenkt wurde. Die Marine wiederum erklärte, daß die LTTE das Boot selbst versenkt habe, um den Waffenschmuggel zu kaschieren.

Tokioter Geberkonferenz - Taziehen um 4,5 Milliarden US-Dollar

Als Vertrauensbeweis in die Erfolgsaussichten des srilankischen Friedensprozesses sagten Sprecher nach Abschluß der Verhandlungen der Geberkonferenz vom 9. und 10. Juni in Tokio die insgesamt 4,5 Milliarden US-Dollar Hilfszusagen, verteilt auf die nächsten vier Jahre, zu. Der größte Teil des Hilfspakets in Höhe von einer Milliarde US-Dollar wird von der japanischen Regierung bereitgestellt. Nach Presseberichten wurden zuvor Hilfszusagen in Höhe von rund drei Milliarden US-Dollar erwartet. Allerdings wird die Freigabe der Geldzusagen an die Voraussetzung geknüpft, daß der begonnene Friedensprozess zwischen der Regierung und den *Tamil Tigers* (LTTE) erfolgreich wieder aufgegriffen und fortgesetzt wird. Die *Tamil Tigers* hatten aus Protest gegen Verzögerungen bei diesen Verhandlungen nicht an den Tokioter Verhandlungen teilgenommen. Dieser Absage waren langandauernde diplomatische Verhandlungsrunden, vor allem von Seiten Norwegens und Japans, vorausgegangen, um die LTTE doch noch von den Vorteilen der Teilnahme zu überzeugen. Norwegen war zwischenzeitlich bestrebt, diese Geberkonferenz zu einem Hilfs- und Entwicklungsforum zu erklären, in der Annahme, daß sich die LTTE dem Wiederaufbau nicht entziehen werde. Im schlimmsten Fall wurde zeitweilig sogar das vollständige Scheitern dieser internationalen Verhandlungsrunde befürchtet.

LTTE-Vertreter begründeten ihr Fernbleiben von der Tokioter Konferenz mit mehreren Argumenten: Erstens mit den langsamen Fortschritten der Entwicklungsprogramme; zweitens mit dem Vorwurf, daß sich die Armee nicht aus von ihr okkupierten zivilen Gebäuden zurückziehe; sowie drittens mit der allgemeinen Einschätzung, im Friedensprozeß marginalisiert zu sein.

Die Tokioter Hilfszusagen erfolgten einen Tag, nachdem Premierminister Wickremesinghe der LTTE das Angebot einer „signifikanten Rolle“ in der provisorischen Regierung für den Norden und Osten Sri Lankas angeboten hatte. Zuvor bestand allein das Angebot, die LTTE in einem „Entwicklungsrat“ zu beteiligen, während diese wiederum die volle politische und wirtschaftliche Kontrolle im Norden und Osten für sich proklamierte. Auf dieses Regierungsangebot reagierte die LTTE eher ablehnend, da es ihrer Meinung nach nicht weit genug gehe. In einer BBC-Meldung nach Abschluß der Tokio-Runde wird der US-Staatssekretär für Südasiens, Richard Armitage, zitiert, wonach die Augen der Welt nun auf Sri Lanka gerichtet seien, und daß als Preis für das Vertrauen der Gebergemeinschaft vor allem von Seiten der LTTE erwartet werde, daß sie die Friedensverhandlungen wieder aufnehmen werde. Allerdings hatten die USA nach Presseberichten zuvor auch darauf gedrängt, die Konferenz von Tokio auch ohne die LTTE durchzuführen. Vor und nach der Geberkonferenz hatten US-Regierungssprecher zudem bestätigt, daß die LTTE weiterhin als terroristische Organisation eingestuft werde, solange diese nicht der Gewalt abschwöre. Dies hatte im April die Teilnahme der LTTE an Friedensverhandlungen in Washington verhindert. In Reaktion darauf sowie auf das vermeintliche Einlenken anderer Vermittlerstaaten - wie etwa Norwegen - gegenüber der srilankischen Regierung wird diese Politik und „auswärtige Einmischung“ von der LTTE als Argument zum Festhalten an ihren eigenen Maximen ausgelegt. Demgegenüber kritisiert Präsidentin Kumaratunga, daß die Regierung in Colombo der LTTE insbesondere in Fragen der regionalen Autonomie zu viele Zugeständnisse mache und daß die Vermittlerstaaten sich in Fragen der staatlichen Souveränität über ihr Mandat hinweg in die innenpolitischen Angelegenheiten des Landes einmischten.

LTTE-Machtkonsolidierung?

Die Liste der seit der Aufnahme der Friedensverhandlungen im Februar 2002 getöteten Tamilen wurde Mitte Juni um zwei Opfer erweitert. Auch wenn keine offiziellen Bekenntnisse vorliegen, so wird der Mord an Ponniah Ramachandran, einem Mitglied der *Eelam People's Democratic Party* (EPDP) in Batticaloa der LTTE zugeschrieben. Ramachandran hatte sich zuvor gegen die Gewalttätigkeiten ausgesprochen. Einen Tag zuvor war in Jaffna ein führendes Mitglied der den *Tamil Tigers* kritisch gegenüberstehenden Fraktion der *Eelam People's Liberation Front* (EPLF), Thambirajah Subathran, vor seinem Büro erschossen worden.

Seit den Friedensverhandlungen unterliegen tamilische Oppositionsparteien faktisch dem permanenten Druck der LTTE. Die Zusagen der Verhandlungsrunde in Thailand, auch andere tamilische Parteien im Norden und Osten arbeiten zu lassen, sind bislang nicht eingelöst worden. Nach Presseberichten wurden deren Parteibüros wiederholt nach LTTE-unterstützten Protesten geschlossen. Vertreter der betroffenen Parteien, die zuvor mit der Regierung kooperierten, fordern mittlerweile wieder die zuvor abgelieferten Waffen zurück, um sich gegen den Alleinvertretungsanspruch der LTTE notfalls auch mit Waffengewalt zur Wehr setzen zu können.

Entmilitarisierungsvorschläge indischen Ex-Generals

Nach einer Gutachterreise des pensionierten indischen Generals Satish Nambiar auf beiden Konfliktseiten in Sri Lanka empfahl dieser im Mai 2003, vor allem die schweren und weitreichenden Waffen auf beiden Seiten außer Dienst zu stellen. Nach Presseberichten erwartet Nambiar, daß sich die Armee dann einfacher und rascher aus den Hochsicherheitszonen im Norden und Osten zurückziehen könne, um damit den vertriebenen Siedlern wieder die Möglichkeit zu bieten, auf ihr Land und in ihre Dörfer zurückzukehren. In diesen Zonen sollten dann internationale Beobachter stationiert werden.

Bei seiner Einschätzung des Friedensprozesses verweist der General auf die weiterhin stark ausgeprägte negative Haltung der Armeeangehörigen gegenüber der LTTE. So hätten Offiziere aller Ränge sehr große Schwierigkeiten damit, die LTTE als Verhandlungspartner akzeptieren. Hinzu komme der politische Druck aus dem Süden des Landes, der es der Armee kaum erlaube, ein Entgegenkommen gegenüber der LTTE zu zeigen. Demgegenüber liegen dem General laut Meldungen Hinweise auf Aktivitäten der LTTE wie etwa die Rekrutierung von Kindersoldaten, Entführungen oder Waffenschmuggel vor. Nambiar votiert auch dafür, der *Sri Lanka Monitoring Mission* ein erweitertes Mandat zu erteilen und insbesondere die Luft- und Seeüberwachung aufzunehmen.